

# Metallarbeiter-Zeitung

## Organ für die Interessen der Metallarbeiter

### Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Ersteht wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 Mark.  
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Fährm.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Börsenstraße 18 b.  
Telephonruf: Nr. 3592.

Inserate für Stellenvermittlung  
Preis der sechsgepaltenen Kolonelle 1 Mark.  
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **313 500** Exemplaren  
erschient diese Ztg.

## Streifzüge durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung.

Von Paul Kampffmeyer-München.

Nachdruck untersagt.

### I. Zurück zur Theorie der Arbeiterbewegung.

Unsere vielbesuchten, vom leidenschaftlichen Pulsschlag der proletarischen Bewegung durchbelebten Arbeiterbureaus sind keine stillen Denkerwerkstätten. Und wer in ihnen einmal sitzt, wird es aufgeben müssen, dicke Lehrbücher über die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung zu schreiben. In ewiger Hast zwischen dem Bureau und dem Versammlungssaal, kann sich der Angestellte unserer Arbeiterverbände nur selten ein Stündlein zum ernstlichen Nachsinnen abstehlen.

Die hier folgende Reihe von Aufsätzen ist die Frucht einiger Stunden ruhiger geistiger Sammlung. Diese Aufsätze sind Streifen durch die Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung, eilige Jagdzüge durch ein ungeheuer umfassendes Gebiet. Und doch hoffen wir auf diesen Streifen das gepackt zu haben, was in der Theorie und Praxis der Arbeiterbewegung wirklich im Brennpunkt des proletarischen Interesses steht. Jeder einzelne Zug soll in einem Artikel seinen Ausgangs- und Endpunkt finden. Jede Streife in ein noch so weites Terrain wird wieder den Heimweg finden. Der Arbeiter, der bei der Erörterung eines Gegenstandes auf einen schier endlosen Reisetweg schaut, verliert in geistiger Hinsicht leicht den Atem.

In jüngster Zeit sind wir Zeugen eines epochenmachenden Ereignisses gewesen: des frühlichen Erwachens einer politisch organisierten englischen Massenbewegung. Wir hörten einmal wirklich den dröhnenden Massenschritt politischer Arbeiterkampfesbataillone in England. Dort, wo sich das alte Vögelmärchen von der Harmonie von Arbeit und Kapital am längsten fortspann, erfolgte eine ungeheure Erschütterung in den politischen Kriegergemüthern der Arbeiter, offenbarte sich eine rapide Selbstbestimmung der Massen, ein stürmisches Drängen zu den Fahnen einer selbstständigen, von sozialistischem Geiste befehlten Arbeiterpartei. Ein spätes Erwachen der Massen, fürwahr, aber immerhin ein Erwachen und wahrhaftig ein in seinen Folgeerscheinungen außerordentlich fruchtbares Erwachen.

Angesichts der ersten noch unbeholfenen Schritte der jungen selbstständigen politischen Arbeiterbewegung Englands drängt sich wohl jedem nachdenklichen Leser die Frage von selbst auf: Welche eigenartigen Umstände veranlassen die englischen Arbeitermassen in einen so erschreckend langen Zauberschlaf, einen Schlaf, aus dem sie allerdings nicht von einem Königsjohn, sondern von recht derben, arbeitsmieligen Gejellen geweckt wurden? Und wir brauchen wahrlich nicht lange nach den Ursachen der erst so spät einsetzenden Arbeiterbewegung zu suchen. Wie dünn sind in England die rein proletarischen Zeitungen und Zeitschriften, die populären theoretischen Broschüren gesät, aus denen der Arbeiter grundlegende Kenntnisse über den eigenartigen Charakter des heutigen Wirtschaftswesens schöpfen und sich über seine Klassenlage unterrichten kann! Wir sind selbstverständlich nicht so töricht, aus dem Mangel einer massenhaft verbreiteten theoretischen nationalökonomischen Arbeiterliteratur allein den Liefstand der politischen Arbeiterbewegung Englands deuten zu wollen, aber immerhin ist jener Mangel eine der wichtigsten Ursachen der Zurückgebliebenheit jener Bewegung.

Die Spätgeburt der englischen politischen Arbeitermassenbewegung macht uns ernst und eindringlich an die Notwendigkeit einer unablässigen theoretischen Aufklärungsarbeit unter den Massen. Niemals hat allerdings bisher in der deutschen Arbeiterbewegung diese Arbeit ausgefehlt. Immer brannten in dem deutschen Proletariat die Feuer einer reinen Begeisterung für die Vertiefung der nationalökonomischen und sozialistischen Theorie fort, aber die Praxis der Arbeiterbewegung griff so wachsig und für sich rücksichtslos Raum heischend um sich, daß die Theorie der Bewegung sich dann und wann wirklich mit einer Art Nischenputzstellung zufrieden geben mußte.

Eine ungeheure Fülle von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Erscheinungen bricht heute in das Geistesleben des Arbeiters ein. Telegraphen- und Telephonbrüche durchspannen die Luft, tauchen durch die Ozeane, graben sich in die Erde ein, und sie verwandeln die ganze Welt in ein einheitliches, aus einem Leben hergestelltes riesiges Spinnennetz. Um sich und in sich erlebt der moderne Proletarier täglich ein Stück weltgeschichtlichen Dramas. Wer leitet ihn sicher durch die sich überschneidende Menge und märchenhaft große Mannigfaltigkeit der Geschehnisse, wer gibt ihm wegweisende Signatur, damit er sich nicht in dem Durcheinander der Ereignisse völlig verliert? Will er die bunte Anschauungswelt nur irgendwie beherrschen, so muß er sie ordnen und in Begriffe fassen lernen. Und dazu bedarf er keiner wissenschaftlich-theoretischer Schulung.

In die kurze Spanne eines einzigen Tages drängen sich heute die Ereignisse von Monaten und Jahren früherer Zeiten. In knirschender Hast arbeitet die Presse, um nur das wiederzuerleben zu können, was an Blüten, Früchdetragen und Bewelteln von Lebenserscheinungen ein einziger Tag bringt. In vollem Einklang mit der reichen und vielseitigen Entwicklung der politischen und gesellschaftlichen Tageskämpfe hat sich eine umfangreiche proletarische Tagesliteratur entfaltet. Wer weißt sie heute noch?

Ein Zeichen einer erfreulichen geistigen Fruchtbarkeit ist diese enorm ausgebildete Tagesliteratur der Arbeiterpresse. Aber das, was nur das Dasein eines Tages führen soll, verbrängte mitunter das, was für Jahrzehnte, ja, Jahrhunderte geschrieben war und einen gewissen Ewigkeitswert hatte. Der geistig reipe Proletarier greift nun in erster Linie nach der funkelneulernen Broschüre, die ihm der geschäftige Kolporteur in das Haus bringt. Die Tagesbroschüren türmen sich vor ihm hoch auf und verlegen ihm mitunter den Weg zu den theoretischen Schriften von bleibendem Werte. Das war in den ungezügelten, leidenschaftlichen Jugendjahren der deutschen Arbeiterbewegung ganz anders. Damals bestand der ganze Reichtum der deutschen Arbeiterliteratur aus kaum einem Duzend dünner Broschüren. Aber aus den dünnen Broschüren sprach ein starker Geist, aus ihnen wehte der Sturmwind einer neuen sozialistischen Weltanschauung. Das Wehen des sozialistischen Hingstgeistes vernahm der aufstrebende Proletarier aus den Schriften Ferdinand Lassalles. Für jeden, der denkend die Broschüren Lassalles las, bedeutete diese Lektüre meist eine innere Revolution, man möchte sagen, eine neue geistige Existenz. Er sah einen tiefen Zusammenhang zwischen den Ereignissen der Gegenwart und Vergangenheit. Die Tageserscheinungen traten für ihn in eine andere Beleuchtung. Das Zufällige schien in diesen Ereignissen fortgemischt zu sein. Sie stellten sich als notwendige Glieder einer fortlaufenden Kette dar. Und gerade in dieser unlöslichen Verbindung erfaßte sie der Leser der Lassalleschen Schriften in ihrer wahren Bedeutung. Lassalle war mit einer wunderbaren Gabe der historischen Erfassung und Darstellung der wesentlichen Seiten des ökonomischen und sozialen Lebens ausgerüstet. Mit greifbarer Deutlichkeit charakterisierte er die aufeinanderfolgenden Gesellschaftsepochen, die Entwicklungsphasen der Unfreiheit: die Sklaverei des Altertums, die Hörigkeit des Mittelalters, die Lohnnechtschaft der neuen und neuesten Zeit. Und der historische Sinn Lassalles war nicht nur nach rückwärts gerichtet. Er wandte sich mit voller Klarheit der Gegenwart, ja, der Zukunft zu. Dieser theoretisch hochentwickelte Sinn steuerte aber zugleich mit Elementarkraft auf die Praxis nach, auf die Gestaltung und Umformung des Lebens selbst. Lassalle vereinigte in sich harmonisch den großen Theoretiker mit dem genialen Praktiker. In einer Zeit des Aufblühens des liberalen und demokratischen Gedankens warf er den Schlagtruf nach dem allgemeinen und direkten Wahlrecht in die erwachenden Arbeitermassen hinein, in den Tagen einer engen Kleinbürgerlichen Genossenschaftspraxis trat er mit der Idee eines großzügigen staatlich organisierten Genossenschaftswesens hervor. Er schloß die Arbeitermassen zu einer selbstständigen politischen Partei zusammen, und als weitsehender theoretischer Kopf gab er ihnen nicht nur eine beschränkte Wahlparole, sondern ein wohl durchgearbeitetes sozialpolitisches Programm.

Lassalle kritisierte im engen Anschluß an Karl Marx die kapitalistischen Produktions- und Verteilungsverhältnisse. Er stellte den Kapitalprofit als einen ungeheuren Raub an der schaffenden Arbeit dar, er leuchtete das kapitalistische Eigentum als ganz von der individuellen Arbeit losgetrennt, als „Fremdum“. Durch die absonderlichsten Ereignisse, durch Krieg und Frieden, durch die gesellschaftlichen Zusammenhänge aller Art wurde nach Lassalle heute alles Mea und Dein in der Gesellschaft geändert und rein nach diesen objektiven Anregungen der Gesellschaft auf durchaus „ichlose, unpersonliche Weise“ alles individuelle Eigentum neu verteilt.

Von grundlegender Bedeutung für die richtige Würdigung der Tageskämpfe ist gerade ein tiefer Einblick in das Wesen der heutigen Wirtschaftsweise, in den Gegensatz der Massen, in den Wandel der ökonomischen und sozialen Verfassungen. Der alte englische Gewerkschafter sah in den Kämpfen zwischen den Unternehmern und Arbeitern etwas Zufälliges, das durch den guten Willen dieser oder jener Unternehmerrgruppen leicht wieder ausgeschaltet werden konnte. Er ahnte nicht, daß in den Arbeitskonflikten nur der abgrundtiefe Gegensatz handgreiflich zum Ausdruck kam, der zwischen dem Kapital und der Arbeit lagte. Die Einführung des Gewerkschafters in die Theorien des modernen kritischen Sozialismus hat daher eine eminente praktische Bedeutung. Die Theorie des modernen kritischen Sozialismus erzeugt in dem Kopfe des Gewerkschafters eine ganz eigenartige Wertung des Kapitalismus, seiner Ausbeutungs- und Machtverhältnisse und der Mittel zu seiner Bekämpfung.

Gerade im Interesse der gewerkschaftlichen Praxis ist daher eine Vertiefung der Gewerkschafter in die nationalökonomische Theorie und in den kritischen Sozialismus geboten. Auch wir nehmen den Ruf, der jetzt kräftig und ein lautes Echo weckend in der bürgerlichen Nationalökonomie erschallt, auf: „Zurück zu den Klassikern der Nationalökonomie“, und wir ergänzen ihn durch ein: „Zurück zu den Theoretikern des Sozialismus.“

Lange Zeit erlangte der theoretischen Nationalökonomie an unseren Hochschulen kein freundlicher Stern. Ziemlich unwirsch kehrte diese Nationalökonomie der politisch-ökonomischen Theorie den Rücken. Unter dem Geschrei: „Rettung der Nationalökonomie vor falschen Abstraktionen“ stürzte man sich „opferlos in die historisch beschreibende Kleinarbeit. Das klassische Werk jener Richtung, der „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ von Carl von Schmöller, erdrückt fast den Leser durch die Fülle charakteristischer historisch-ökonomischer Einzelheiten, aber es nimmt ihm vielfach den Blick auf die großzügigen theoretischen Systeme der klassischen und sozialistischen politischen Ökonomie. „Lassalle“, so schreibt einmal Professor Baentig, „wurde die Lösung auch in den Seminaren, die statistische Tabelle, die realistische Schilderung unser Evangelium.“

Zagaus, tagein trägt die Presse ein ungeheures, flaubauswirdelndes sozialpolitisches Tatsachenmaterial zusammen. Durch

die unkritische Häufung dieses Materials kann der ungeschulte theoretische Sinn junger Gewerkschaftsmitglieder leicht umnebelt werden. Bitter not tut daher der deutschen Gewerkschaftspresse die sorgfältige Pflege der nationalökonomischen und sozialistischen Theorie.

## Die Lage der Hütten- und Walzwerksarbeiter im Saargebiet und Lothringen-Luxemburg.

Der Hüttenarbeiterschutz ist durch die bekannten Reichstagsverhandlungen zu einer Angelegenheit der öffentlichen Diskussion geworden. Die Unternehmer beifließen sich, ihrem Generalsekretär, Abgeordneten Dr. Beumer, den Auftrag zu geben, die Darlegungen unseres Genossen Que als unrichtig, übertrieben, erfunden zu bezeichnen. Später haben mehrere Korporationen der Eisen- und Stahlindustriellen feierlich erklärt, Que's Rede über die Hüttenarbeiterverhältnisse sei eine „sozialdemokratische Verleumdung“, mit Ruhe sähe „die Industrie“ den verlangten Untersuchungen der Arbeiterverhältnisse entgegen. Natürlich erwartet „die Industrie“ eine amtliche „Untersuchung“, wobei der Belg gewaschen wird ohne ihn naß zu machen. Von vornherein hat im Einverständnis mit der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes der Genosse Que erklärt, zu der Untersuchung müßten auch die Vertreter der Arbeiterschaft herangezogen werden, wenn keine Untersuchungskommission herauskommen solle.

Zufällig erscheint gerade zur rechten Zeit eine Veröffentlichung, die trotz ihrer sehr vorsichtigen Abfassung doch schon recht interessantes Material enthält zur Beurteilung der von den Unternehmern als einwandfrei gepriesenen Hüttenarbeiterverhältnisse. Herr Otto Boffelmann in Berlin hat im Auftrag des „Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen“ Untersuchungen angestellt über „Die Entlohnungsmethoden in der südwestdeutschen-Luxemburgischen Eisenindustrie“ und er gibt die Resultate in einem starken Buche bekannt. Der „Zentralverein“ ist über den Verdacht erhaben, dem Unternehmertum entschieden zuleibe rücken zu wollen, gehören ihm doch auch Unternehmern und bekannte Sozialisten an. Was Herr Otto Boffelmann betrifft, so leidet auch er nicht an übergroßer Freundschaft für die Gewerkschaften der Arbeiter, was aus einigen Bemerkungen über den Deutschen Metallarbeiter-Verband hervor geht. Es genügt zu sagen, daß Herr Boffelmann die fiskalisch-saatsabischen Arbeiterverhältnisse im Bergbau lobt, sie gewissermaßen nachahmenswert findet; ferner erfreut er sich an den „Wohlfahrts-einrichtungen“, die er als eine Art - Gewinnbeteiligung der Arbeiter charakterisiert! Nach Boffelmanns Ansicht ist die beste Lohnmethode vorerst Gewinnbeteiligung durch Gewährung von Wohlfahrts-einrichtungen, als späteres Stadium spricht er sich für Tarifverträge mit direkter Auszahlung der Gewinnbeteiligung in klingender Münze aus. Er hat seine Materialien hauptsächlich aus den Werkbüreaus bezogen, den verbindenden Zeit genann er durch Beobachtung der Werkbetriebe. Sicherlich ist ein solcher Autor für die Unternehmer hinreichend unvorebädigt. Um so mehr fallen Boffelmanns Untersuchungsergebnisse sozialpolitisch im Sinne der Forderung nach größerem Hüttenarbeiter-schutz ins Gewicht.

Seine Berichte betreffen die Eisen- und Stahlindustrie im Saargebiet, in Lothringen und Luxemburg, sowie den Maschinenbau und die Kleinereisenindustrie im Elsaß. Mit der letzteren wollen wir uns in einem anderen Zusammenhang beschäftigen.

Durch die reichen lothringisch-luxemburgischen Eisenerzlager angelockt, entstand dort in kurzer Zeit eine bedeutende Eisen- und Stahlindustrie. Heute liefert Lothringen-Luxemburg schon ein Drittel des gesamten deutschen Roheisens. Das Saargebiet verlor demgegenüber als Roheisenproduktionsstätte an Bedeutung, es etablierte sich dort mehr die Fertigfabrikation. Da die südwestdeutsche Eisen- und Stahlfabrikation unter den relativ günstigsten Bedingungen produzieren kann, so ist die Schilberung der dortigen Arbeiterverhältnisse gewiß ein wichtiger Beitrag zur Beurteilung der Existenzbedingungen des deutschen Hütten- und Walzwerksarbeiters. Herr Boffelmann mag uns belehren, in welcher „glänzenden Lage“ sich die Schutzbefohlenen der saarabischen Hüttenherren befinden.

Herr Abgeordneter Beumer bestritt die schlechte Bezahlung der Hüttenarbeiter. Boffelmann macht dagegen folgende Lohnangaben: Die lothringischen Mälerfahrer, die täglich dem Hochofen Erze und Koks für je zehn Sichten (Gesamtgewicht 22500 Kilo) zufahren müssen, erhalten einen Taglohn von 3 Mk. für ihre Quälerei. Extrabehaltung (pro Sicht 10 Pf.) erfolgt unternehmlich erst bei der ersten Sicht. Die Schmelzer erhalten Schichtlöhne von 4,50 Mk. bis 3,50 Mk., außerdem, wenn der Betrieb ungestört blieb, monatlich 10 Mk. bis 5 Mk. monatliche „Zeitprämie“. Von den Masselfahrern sagt Boffelmann, ihre Arbeit sei „eine Körperlich überaus anstrengende“; ein Betriebsführer sagte, jeder Masselfahrer habe pro Schicht 25000 Kilo mit seinen Händen zu handhaben. Als höchst erreichbarer Lohn werden für diese Arbeitergruppe 5 Mk. angegeben. Ein neues Werk garantierte 4,50 Mk. pro Schicht, aber diese Garantie würde wohl später fortfallen. Die Schmelzer erhalten 2,50 Mk. bis 2,80 Mk. Schichtlohn, wozu dann am Monatschluß noch eine „Prämie“ tritt, die den Lohn aber nicht höher wie bis 3 Mk. bis 3,20 Mk. bringt. Für die schwere Arbeit des Roheisen-transportes (vom Hochofen zum Gußstahlwerk) wird 3 Mk. Schichtlohn bezahlt, plus 0,4 bis 0,5 Pf. pro Tonne Prämie. Wie sich der Gesamtlohn stellt, wird nicht angegeben. Welchen Lohn







nicht wieder eröffnet hat, weil nach ihrer Angabe ihre Hauptfunktion abgeprungen ist. Hier kommen 19 Arbeiter in Betracht. Solingen. Die als sehr „christlich“ bekannte Firma Kieselring & Albrecht setzt alle Hebel in Bewegung, um Streikbrecher zu erlangen. Heilsarmee und Polizei hat sie schon zu diesem Zwecke benutzt, allerdings ohne ausreichenden Erfolg. Nunmehr hat sie den Führer der Arbeitswilligenkolonne aus Barnum, den Former Ferber, nach Saarabien geschickt, um dort Herausgeber anzuwerben. Auch in den katholischen Vereinen wird nach solchen gefahndet. Auch einige bei der Firma beschäftigte christlich-organisierte Arbeiter versuchen unter der Hand Arbeitskräfte heranzulassen, allerdings bis jetzt ohne Erfolg.

**Achter Bezirk.**

Offenbach. Unsere Mitteilung in Nr. 19 ist dahin zu berichtigen, daß nicht in allen Gießereien eine Einigung erfolgt ist. Die kleinen Betriebe von Loh und Becker stehen noch aus. In dessen soll deswegen keine größere Aktion unternommen werden. Über die Bewilligungen der anderen Firmen werden wir noch berichten, ebenso über die erzielten Resultate in Frankfurt a. M.

Reffelstadt bei Hanau. Die Firma Wilhelm hat mit der Vertretung der Arbeiterschaft ein Abkommen getroffen. Die Arbeitszeit soll vorläufig 9 1/2 Stunden und von 1907 an 9 Stunden betragen. Der geforderte Minimallohn ist bewilligt worden.

**Neunter Bezirk.**

Freising. Bei der Firma Steinecker, Inhaber Lehmann, legten sämtliche Formen, nachdem ihre Forderungen abgelehnt worden waren und ihre Kündigung abgelaufen war, die Arbeit nieder.

München. Die angekündigte Aussperrung brachte die hiesigen Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Gewerkschaftsbundes durcheinander. Es war ihnen in Aussicht gestellt worden, daß sie nicht mit ausgesperrt werden sollten. Einige vertraten nun den Standpunkt, daß Solidarität mit den Aussperrten geübt werden müsse. Doch der „Geist“ des Generalrats siegte, mit Mehrheit wurde beschlossen, bei der Aussperrung stehen zu bleiben. Kommentar überflüssig.

(Weiteres siehe Nachtrag.)

**„Aus der Luft gegriffen.“**

Seit Wochen verkündete die Scharfmacherpresse, daß der Metallindustriellen-Verband gegenüber der vom Deutschen Metallarbeiter-Verband eingeleiteten Formerbewegung mit ganz energischen, mit den schärfsten Maßregeln vorgehen werde. Es wurde angekündigt, daß darüber am 2. Mai die Würfeln in Berlin fallen würden. Am 3. Mai erfuhr die Welt, daß die bedingte Aussperrung beschlossen und daß eine Kommission den Beschluß zu „redigieren“ und zu veröffentlichen habe. Am 5. Mai erschien das „redigierte“ Instrument, monach, die Verbände Hannover, Braunschweig, Dresden, Breslau, Frankfurt a. M. und Ostfriesland durch Arbeiteraussperrungen zu unterstützen“ seien. Und weiter heißt es darin: „Sofern die Arbeiter der angegriffenen Verbände innerhalb einer in den nächsten Tagen festzusetzenden Frist die Arbeit nicht wieder aufnehmen, ist demgemäß mit Entlassung von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfang zu rechnen.“ Am 8. Mai verbreitete das Wolffsche Depeschsbureau die Nachricht, daß in Dresden die Einigung geschlichtet sei, nimmere die Aussperrung von 300 000 Metallarbeitern erfolgen müsse. Weiter hieß es, daß die „Zentralstelle“, die am 2. Mai eingeleitet wurde, sich am 11. Mai in Berlin versammelte, um über den Tag und Umfang der Aussperrung Beschlüsse zu fassen. Da ereignete sich plötzlich etwas ganz unerwartetes: Der Metallindustriellen-Verband teilte der bürgerlichen Presse mit, es sei **völlig aus der Luft gegriffen**, daß er am 10. Mai 300 000 Metallarbeiter aussperrn wolle. Die Frankfurter Zeitung bemerkte zu diesem Dementi: „Das ist ja sehr erfreulich, aber wie war es möglich, daß jene Nachricht die Form erhielt, die sie tatsächlich hatte? Das Wolffsche Bureau hat im allgemeinen nicht die Gewohnheit, die Fabrikation derartigen Nachrichten auf eigene Faust zu unternehmen, sondern es pflegt sie von den zuständigen Stellen zu übernehmen und weiterzugeben. Es fällt daher schwer, zu glauben, daß man die Nachricht wirklich aus der Luft gegriffen habe. Der Metallindustriellen-Verband hat allerdings am 2. Mai für den Fall, daß keine Einigung zustande kommen, nicht ausdrücklich die Generalaussperrung beschlossen, sondern nur erklärt, daß dann mit Entlassung von Arbeitern der Metallindustrie in großem Umfang zu rechnen“ sei. Aber der „große Umfang“ kann ja auch mit Generalaussperrung gleichbedeutend sein, und wenn das offiziöse Telegraphenbureau dem Beschluß diese Auslegung gibt, dann darf man wohl annehmen, daß dies nicht grundlos geschah. Eine Erklärung für das heutige Dementi läßt sich dennoch leicht konstruieren. Die Beschäftigung der Metallindustrie ist zurzeit ausgezeichnet und wird nach dem Urteil der Sachleute für absehbare Zeit so bleiben. Die Industriellen haben daher wenig Lust, ihre Betriebe still zu legen, und es mögen sich wohl schon gestern am Sitz des Verbandes Stimmen gemeldet haben, die einer Generalaussperrung widerstreben. Daher man sich schon rechtzeitig auf den „großen Umfang“ besonnen haben mag und dementieren konnte.“

Und der Berliner Korrespondent der Frankfurter Zeitung meldete am 10. Mai seinem Blatte, daß er auf eine Selbstdiagnose im Bureau des Metallindustriellenverbandes erfahren habe, daß für den heutigen Tag (10. Mai) überhaupt keine besonderen Maßnahmen festgesetzt sind. Es ist lediglich beschlossen, die Bezirksverbände, mit denen die Arbeiter augenblicklich im Kampfe liegen, zur gegebenen Zeit durch umfangreiche Aussperrungen des Gesamtverbandes zu unterstützen, falls keine Einigung zustande kommt. Ein Termin für den Beginn der Aussperrung ist noch nicht festgesetzt, auch im einzelnen Umfang und Art der Aussperrung noch nicht festgelegt.“

Was man dem Korrespondenten der Frankfurter Zeitung mitteilte, hat sich inzwischen als unwarhaft herausgestellt. Dem Breslauer Tagblatt hat nämlich ein Teilnehmer der Sitzung am 2. Mai das Protokoll darüber zugestellt. Nach diesem Protokoll stand auf der Tagesordnung jener Sitzung vom 2. Mai die Beschlußfassung über ein gemeinsames, energisches Vorgehen gegenüber den Forderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, eventuell Vornahme einer erweiternden Aussperrung in anderen Verbänden zugunsten der im Kampfe befindlichen Bezirksverbände nach einem vorgezeichneten System.“ In dem Protokoll heißt es nun:

Der Vorsitzende, Landtagsabgeordneter Mend, macht darauf aufmerksam, daß nach den Sitzungen die Bezirksverbände durch Majoritätsbeschluß nicht gezwungen werden können, auszusperrn. Der Vorsitzende empfiehlt daher im Namen des Vorstandes dem Ausschuss die Annahme eines Antrags, welcher auch mit dem Amendement, die sich hierzu bereit erklären und in folgender Fassung die Zustimmung der Versammlung findet:

Der Anregung des Hannoverischen Bezirksverbandes soll Folge gegeben und den angegriffenen Verbänden zunächst durch eine engere Gruppe von Bezirksverbänden Hilfe gebracht werden. Die engere Gruppe ist zu bilden aus Verbänden, die sich hierzu

bereit erklären und deren Interessen es verlangen, daß die vom Bezirksverband Hannover aufgestellten Grundsätze, daß eine Verhandlung mit den Arbeiterorganisationen und die Festsetzung von Mindestlöhnen nicht erfolgen soll, zur Durchführung gebracht werden.

Ferner stimmen die Delegierten der vertretenen Bezirksverbände — ausgenommen die des Arbeitgeber-Verbandes der Metallindustriellen des nordöstlichen Westfalens, der Fürstentümer Lippe, Schaumburg-Lippe und angrenzenden Gebiete und des Verbandes der Metallindustriellen Ost- und Westpreußens — unter Vorbehalt nachträglicher Zustimmung seitens ihrer Bezirksverbände, mehrere auch unter dem Vorbehalt, daß die Mehrzahl der Bezirksverbände sich der Aussperrung anschließt, und einzelne auch unter noch anderen Bedingungen folgender Erklärung zu:

I. Die Bezirksverbände Dresden, Hannover, Braunschweig, Breslau, deren Betriebe wegen Arbeiterstreitigkeiten ganz beziehungsweise teilweise stillliegen, verpflichten sich: 1. bis zum 5. Mai dieses Jahres mindestens 80 Prozent der bei ihnen beschäftigten Arbeiter auszusperrn; 2. nur mit Arbeitern ihrer Betriebe, nicht aber mit Vertretern der Arbeiterorganisationen zu verhandeln; 3. bei Vereinbarungen die Festsetzungen von Mindestlöhnen, zumal Tarifverträge, unbedingt abzulehnen; 4. auf keinen Fall Separatabmachungen durch Verbände oder einzelne Firmen einzugehen und den Betrieb nicht eher aufnehmen, bis eine Einigung und Wiederaufnahme der Arbeit für sämtliche diesen Beschlüssen beitretenden Bezirksverbände und Betriebe sichergestellt ist.

Die Gesamtabmachung hat der Vorstand des Gesamtverbandes, welcher durch je einen Vertreter der bestreikten Verbände zu verstärken ist, zu beschließen, eventuell hat der Ausschuss des Gesamtverbandes die Entscheidung zu treffen.

II. Die Bezirksverbände Anhalt, Baden-Pfalz, Metallindustriellen-Verband Berlin, Metallschraubenfabrikanten Berlin, Metallwarenfabrikanten Berlin, Klempner Berlin, Brandenburg (Provinzialverband), Brandenburg a. S. (Vokalverband), Unterweser, Bremen, Chemnitz, Erfurt, Frankfurt a. M., Niederschlesien, Ostfriesland, Halle a. S., Hamburg, Kiel, Leipzig, Lübeck, Magdeburg, Ostfriesland, Emden, Stettin verpflichten sich, unter der Voraussetzung, daß die Bedingungen unter I eingegangen und unter I, 1 auch erfüllt werden, vorläufig 30 Prozent der von ihnen beschäftigten Arbeiter — jedoch nur sozialdemokratischen Organisationen angehörige Arbeiter — auszusperrn, wenn eine Einigung zwischen den unter I aufgeführten Verbänden und ihren Arbeitern bis zum 10. Mai dieses Jahres nicht zustande gekommen ist.

In diesem Falle ist den gegen Kündigung eingestellten betreffenden Arbeitern am 12. Mai zu kündigen, so daß dieselben mit den übrigen betroffenen Arbeitern am 26. Mai entlassen werden können. (Gelegentliche Kündigung.)

III. Der Bezirksverband für Bayern verpflichtet sich unter der Voraussetzung, daß die Abmachungen unter I und II erfüllt werden, und dadurch ein Erfolg nicht erzielt wird, ab 31. Mai ebenfalls vorläufig 30 Prozent der von ihnen beschäftigten Arbeiter zu entlassen, wobei von der Entlassung ausgeschlossen bleiben sollen Mitglieder von Arbeiterverbänden, welche sich grundsätzlich als Gegner der Streikorganisationen bekannt haben, auch wenn deren Anzahl bei einem Werte 70 Prozent überschreiten sollte.

IV. Die Verbände haben die unter Punkt I, II und III von ihnen geforderten schriftlichen Erklärungen umgehend, spätestens bis zum 10. Mai bei dem Gesamtverband einzureichen.“

Es ist nichts als ein Spiel mit Worten, daß der Gesamtverband mit seinem Dementi gegenüber der Wolffschen Depesche getrieben hat. Ein bürgerliches Blatt, die Berliner Volkszeitung bemerkt mit Recht zu dem Protokoll, daß die beschlossenen Maßnahmen einer Generalaussperrung fast gleich zu erachten seien. Wir aber wissen zudem ganz genau, daß eine solche Aussperrung im Plane der Scharfmacher liegt, denn unter den Fragen, die im März den einzelnen Bezirksverbänden zur Beantwortung unterbreitet wurden, war auch die von einer etwa zu verhängenden Generalaussperrung. Von dieser, sowie von einer weiteren Aussperrung scheinen aber die Unternehmer nicht viel wissen zu wollen. Der niederschlesische Metallindustriellen-Verband hat die Aussperrung bereits abgelehnt. Der württembergische Metallindustriellen-Verband scheint von vornherein nach Berlin einen kalten Wasserstrahl geschickt zu haben, denn er ist im „Protokoll“ nicht erwähnt. Selbst dem Berliner Metallindustriellen-Verband graut vor der Aussperrung, weshalb er sich ausbeugungen hat, daß er als letzter Verband in Anspruch genommen wird! Wahrscheinlich gehen hinter den Kulissen noch andere sehr wichtige Dinge vor. So ist es gewiß ein bedeutungsvolles Symptom, daß jetzt in Dresden die Unternehmer selbst die Verhandlungen wieder aufgenommen und neue Vorschläge unterbreitet haben. Auch der Metallindustriellen-Verband Hannover hat eingelenkt und sich zu Verhandlungen bereit erklärt. Er hatte ja vorher schon ein großes Interesse dafür an den Tag gelegt, ob an anderen Orten die Arbeiter um Verhandlungen nachgesucht haben —

In dem „Protokoll“ ist besonders der Passus für uns noch von großem Interesse, daß nur sozialdemokratischen Organisationen angehörige Arbeiter ausgesperrt werden sollen. Die Christlichen und Hirsch-Dunderschen Führer haben damit ihren Lohn hinweg, den sie sich seit Einleitung der Formerbewegung in so reichlichem Maße zu verdienen alle Mühe gegeben haben. Wir haben jetzt wichtigeres zu tun, als uns mit diesen Wurzeln und ihren Treibern zu beschäftigen. Doch aufgehoben ist nicht aufgehoben!

Der Gesamtverband hat sich bemüht gesehen, dem Beispiel seines großen Vorbildes zu folgen und die Presse mit Mitteilungen über die Entwicklung des gegenwärtigen Kampfes zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller zu versehen. Sogar den Reichstagsmitgliedern wurde das erste derartige Dunderzeugnis vom 8. Mai eingehändigt. Dagegen wäre nichts zu erinnern, wenn diese Mitteilungen ein objektives Bild über den Kampf liefern würden. Es wird darin aber verschwiegen, welche Forderungen für die Formere gestellt wurden! Wäre dies geschehen, hätte man diese Forderungen ebenfalls in das Druckwerk aufgenommen, dann wäre es aber selbstverständlich unmöglich gewesen, folgendes zu schreiben:

„Wie aus diesen Veröffentlichungen zu ersehen ist dreht sich der Kernpunkt des Streites um die Frage, ob für ganz Deutschland der gleiche Mindestlohn für Formere von 21 Mk. pro Woche eingeführt werden soll, also der gleiche Lohn für teure Großstädte und billige Kleinstädte und ländliche Distrikte, der gleiche Lohn für fleißige und träge, für geschickte und ungeschickte Arbeiter, der gleiche Lohn für die im besten Mannesalter stehenden wie für die jugendlichen Arbeiter und Greise; alles zu Ehren kommunistischer Gleichmacherei! Des Endziel ist dann, daß dieser Mindestlohn fortwährend in die Höhe geschraubt wird, bis er zum allgemeinen gleichen Normallohn der Formere für ganz Deutschland sich ausweicht. Die Formere wurden vorgeschickt,

wel sie den sozialdemokratischen Prinzipien am meisten hulbigen. Zweifelsohne läßt man andere Arbeiterkategorien folgen, sobald man mit den Formern einen Erfolg erreicht hat. Die Arbeitgeber der Metallindustrie sucht man dadurch einzulullen, daß man ihnen das bekannte Mattenfängerlied vorsingt, nach welchem durch die Einführung eines einheitlichen Minimallohnes über ganz Deutschland die Schmutzkonzurrenz unter den Arbeitgebern beseitigt würde. Doch der Gesamtverband läßt sich dadurch nicht beirren, sondern wird sich gegen die Aufzwingung solcher Forderungen, deren Annahme die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Metallindustrie auf dem Weltmarkt erschüttern muß, nach Kräften wehren.“

Die Behauptungen über den Mindestlohn sind in keiner Weise zutreffend. Wohl ist eine Mindestlohngrenze von 21 Mk. für Formere gefordert worden, aber nicht ein gleicher Mindestlohn für alle Formere in ganz Deutschland. Der Mindestlohn soll nach den örtlichen Verhältnissen abgestuft werden. Der Gesamtverband scheint das Hinsägen seiner Behauptungen selbst zu fühlen, deshalb muß die „kommunistische Gleichmacherei“ und die Konkurrenzunfähigkeit der Industrie bei Formereöhnen von 21 Mk. erhalten. Mit solchen Phrasen kann man aber niemand mehr imponieren, zumal nicht bei einer Prosperität, wie sie die deutsche Metallindustrie jetzt aufzuweisen hat. Der „Gesamtverband“ mag sich drehen und wenden, wie er will: der Grund für sein Verhalten ist nicht die Unerfüllbarkeit der Forderungen der Formere und Gießereiarbeiter, sondern sein Herrendünkel. Doch die Zeit wird sich erfüllen, da der „Gesamtverband“ seinen Standpunkt nicht aufgeben müssen. Die immer mehr wachsende Macht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes wird ihn früher oder später zur „Kapitulation“ zwingen. Diesem Schicksal kann er nur entgehen, wenn er selbst beizeiten einlenkt und unsere Organisation als vertragsfähig anerkennt.

**Bürgerliche Sozialreformer in Theorie und Praxis.**

In sehr eigenartiger Weise erscheint bei dieser Bewegung die Soziale Praxis. Dieses „Zentralblatt für Sozialpolitik“ schreibt in seiner Nr. 32 folgendes:

„Das weitgehendste Interesse beanspruchen gegenwärtig die Verhältnisse in der Metallindustrie. Hier droht sich der Kampf, wenn nicht eine der Parteien nachgibt, zu einer Nachprobe, die einer wirtschaftlichen Katastrophe gleichkommen würde, auszugestalten. Der Hauptanschlag des Verbandes deutscher Metallindustrieller hat in einer am 3. d. M. zu Berlin abgehaltenen Delegiertentafelung beschlossen, falls die Arbeiter nicht bis zum 7. d. M. die Arbeit wieder aufnehmen, Ende Mai oder Anfang Juni d. J. zunächst 30 Prozent der in ganz Deutschland organisierten Metallarbeiter auszusperrn, und, falls diese Maßregel nicht den genügenden Erfolg haben sollte, eine Generalaussperrung ins Auge zu fassen. Da in den Verbandsbetrieben rund 300 000 organisierte Arbeiter tätig sind, so würde der Aussperrungsbeschluß also zunächst die Entlassung von 90 000, nachher eventuell der Gesamtzahl zur Folge haben. Die Arbeiter werden gegenüber diesem Beschluß zu überlegen haben, ob sie die ungeheure Verantwortlichkeit, einen solchen Kampf zu entfesseln, auf sich nehmen wollen. Denn das darf nicht außer acht gelassen werden, sie waren die Angreifer, in ihren Händen liegt die Entscheidung, auf ihnen ruht die Verantwortung. Es kann aber kein Zweifel darüber sein, daß selbst ein erfolgreicher Ausgang mit seinem Gewinn in keinem Verhältnis zu den Verlusten stehen würde, die dieser Niesenkampf im Gefolge haben würde. Angesehen der Sachlage kann den Arbeitern in ihrem eigenen Nutzen wie im Interesse der heimischen Volkswirtschaft nur dringend geraten werden, die Arbeit wieder aufzunehmen und zu versuchen, nachher im Wege der Verhandlung mit den Arbeitgebern die wünschenswerten Verbesserungen ihrer Arbeitsbedingungen zu erzielen. Dieses Vorgehen wird ihnen die Sympathien aller unbesangenen Beurteiler sichern und diesen leichter machen, sich ihrer Forderungen anzunehmen, als wenn sie im Zustand verharren und eine schwere wirtschaftliche Erschütterung heraufbeschwören.“

Man könnte beinahe annehmen, daß dieser Erguß von scharfmacherischer Seite herrührt oder doch „suggeriert“ worden ist. Wir erwarten, daß die darin ausgesprochenen Ansichten sehr bald desavouiert werden. Geschicht dies nicht, so wäre dies sehr blamabel für die Herren Sozialreformer. Sie hätten damit nur gezeigt, daß sie gänzlich unfähig sind, die gegenwärtige Situation zu begreifen. Sie würden sich ferner sogar noch unter die Arbeitgeberzeitung stellen (und das will schon etwas heißen), denn diese erkennt doch — theoretisch wenigstens — die Berechtigung von Angriffstreifs an. Ratschläge dieser Art mögen die Herren für sich behalten.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Bekanntmachung.**

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 31. Mai der 21. Wochenbeitrag für die Zeit vom 20. Mai bis 26. Mai 1906 fällig ist.

An Stelle des ausscheidenden Otto Hofenthens, Schmied, ist Wilhelm Wertz, Schmied als Beisitzer in den Hauptvorstand gewählt worden.

Am 20. Mai läuft der Termin zur Ablieferung der ausgegebenen Fragebogen zur Klempnerstatistik ab. Soweit die Erhebungen in den einzelnen Werkstätten noch nicht gemacht sind, ersuchen wir, dem unverzüglich nachzukommen und die ausgefüllten Fragebogen an die Ortsverwaltungen oder Bevollmächtigten der Einzelmitglieder zurückzuliefern.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet: Der Verwaltungsstelle in Breslau 10 Pf. pro Woche und Mitglied. Der Verwaltungsstelle in Kiel 10 Pf. pro Woche und Mitglied vom 1. Mai an.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Ausgeschlossen werden nach § 3 Abs. 2a des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Breslau: Der Klempner Felix Hausmann, geb. am 20. März 1886 in Breslau, Buch-Nr. 72885, wegen Sprezbruch; Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Darmstadt: Der Gußpüper Peter Knies, geb. am 19. Juni 1867 zu Gießen, Buch-Nr. 88695, wegen unkollegialen Verhalten; Auf Antrag der Einzelmitglieder in Meiningen: Der Former Paul Steinel, geb. am 16. Oktober 1876 zu Koblenz, Buch-Nr. 83749, wegen Streibbruch; Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Hechingen: Der Schmied Nikol Rechtenwald, geb. am 17. April 1880 zu St. Wendel, Buch-Nr. 68189, wegen Unterschlagung.





